

FREEDOM NOT FRONTEx

STOP DEPORTATION

STOP THE DUBLIN SYSTEM

Seit Mitte Mai 2014 sind Flüchtlingsaktivist_innen und Unterstützer_innen zu Fuß auf dem Weg von Straßburg nach Brüssel um gegen das europäische Grenzregime und seine tödlichen Folgen anzulaufen. Laut der NGO ‚United for Intercultural Action‘ wurden zwischen 1993 und 2012 17306 Todesfälle aufgrund der europäischen Asyl- und Abschottungspolitik dokumentiert.

Inzwischen nähert sich der Marsch seinem Ziel Brüssel und wird dort in den nächsten Tagen angekommen, wo weitere Kundgebungen und Aktionen u.a. gegen das dort stattfindende G7-Treffen geplant sind.

Bewusst wurden beim Protestmarsch die Grenzen zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien kollektiv und ohne Papiere überquert. Grenzen, die für EU-Bürger_innen seit dem Schengenabkommen kaum mehr bemerkbar sind, bedeuten für Refugees und Menschen ohne EU-Pass Ausgrenzung, Kontrollen und Rückschiebungen. Die Vision einer Bewegungsfreiheit gilt für Asylsuchende nicht. Das heißt auch, dass Menschen auf der Suche nach Schutz und einem sicheren und besseren Leben keine freie Wahl des Aufnahmelandes haben. Stattdessen müssen sich Menschen, wenn sie es überhaupt über die gut abgeriegelten und massiv beschützten EU-Grenzen geschafft haben, in den überlasteten Grenzländern, wie Spanien, Italien oder Griechenland einen Asylantrag stellen.

Dies wird EU-weit durch die sogenannten Dublin-Verordnungen geregelt, nach denen immer das Land für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, den der/die Refugee zuerst betreten hat, was unter anderem durch Fingerabdrücke in der EU-Datenbank EURODAC kontrolliert wird. Refugees, die bereits in einem anderen Mitgliedsland mit Polizei oder Behörden Kontakt hatten und ihre Fingerabdrücke abgegeben haben, können beispielsweise in Deutschland kein Asyl bekommen und werden auf dem Weg des sogenannten Dublin-Verfahrens direkt innerhalb der EU abgeschoben. Ohne eigene EU-Außengrenze profitiert Deutschland ganz besonders von dieser Regelung; die Verantwortung für die Aufnahme von Refugees und die Durchführung ihrer Verfahren wird auf Mitgliedsländer im Süden und Osten der EU abgewälzt. Diese sind nicht zuletzt aufgrund der Euro-Krise kaum in der Lage die Durchführung von Asylverfahren und eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Refugees zu gewährleisten. Das Ergebnis sind tausende Menschen ohne Papiere, Abschiebungen, überfüllte Lager, Haft, Obdachlosigkeit und katastrophale Lebensbedingungen.

Auch in Sachsen-Anhalt werden regelmäßig Menschen aufgrund der Dublin-Verordnungen in andere EU-Länder abgeschoben. Ein Fall sorgte vor kurzem für Schlagzeilen. Abdoul Kaboré war als politischer Aktivist der Gruppe Asylum Rights Evolution seit Anfang Mai bei den Flüchtlingsprotesten am Berliner Alexanderplatz und später vor der Gedächtniskirche dabei. Die Gruppe wurde am 20. Mai mit massivem Polizeiaufgebot aufgrund sogenannter Residenzpflichtverletzungen festgenommen und zurück nach Sachsen-Anhalt gebracht. Fast alle Aktivisten wurden zurück in die Isolation der Flüchtlingslager gebracht - bis auf Abdoul, der seitdem in Abschiebehaft in der JVA Volkstedt (bei Eisleben) sitzt, von wo aus er nach Spanien zurückgeschoben werden soll. Ein erster Abschiebetermin Ende Mai konnte durch kurzfristigen Protest verschoben werden. Der neue Termin ist nun für den 30. Juni festgesetzt. Solange sitzt Abdoul in einem ‚regulären‘ Gefängnis - eine Tatsache, die laut geltendem EU-Recht unzulässig ist.

Und auch ein Aktivist der Gruppe vom Berliner Oranienplatz saß bis Mittwoch in Volkstedt in Abschiebehaft und sollte eigentlich am Donnerstagvormittag nach Italien abgeschoben werden. Nachdem die Abschiebung ausgesetzt und die Fluggesellschaft nach Protesten den Flug stornierte, wurde er aus der Haft entlassen. Bis jetzt wurde der Abschiebebescheid jedoch nicht offiziell aufgehoben.

Das Dublin-System, Frontex, die europäische Agentur zur Koordinierung der Grenzsicherung, die Residenzpflicht, die hohe Quote der Ablehnungen von Asylgesuchen, all das sind Instrumente der Abschreckung, die Menschen davon abhalten sollen, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Aber solange es Kriege, immense globale soziale Ungleichheit, neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse oder schlichtweg den Wunsch danach gibt, an einem anderen Ort zu leben, sind Flucht und Migration legitime Mittel. Migration, das ist eine Abstimmung mit den Füßen. Und das ist auch die Forderung nach einem Recht auf Rechte. Daran können auch die Aufrüstung der Grenzen und der Versuch, eine „Festung Europa“ zu errichten, nichts ändern.

Wir fordern:

Abschiebestopp und Bleiberecht für alle Menschen!
Freie Wahl des Aufenthaltsortes!
Ein Ende der Residenzpflicht und der Dublin-Verordnungen!
Globale Bewegungsfreiheit für alle!

Solidarität mit dem March for Freedom und allen Flüchtlingen!
Solidarität mit Abdoul Kaboré und allen anderen Menschen in Abschiebehaft!

no lager halle und Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt

Mehr Infos: freedomnotfrontex.noblogs.org | asylumrightsevolution.wordpress.com | no-lager-halle.org | antiraneltsa.blogspot.de

ViSdP: Jolanda Helugo, Gartenweg 25, 06786 Vockerode